

FRIEDRICH JAEGER. *Amerikanischer Liberalismus und zivile Gesellschaft. Perspektiven sozialer Reform zu Beginn des 20. Jahrhunderts* (Bürgertum. Beiträge zur europäischen Gesellschaftsgeschichte, Bd. 19), Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 2001, 468 S., 64 €

Als normatives Leitbild für moderne Demokratien hat die ‚Zivilgesellschaft‘ in den letzten Jahren einen rasanten Siegeszug erlebt. Dabei ist dieser Begriff ungewöhnlich jung; die bundesrepublikanischen Feuilletons eroberte er erst im Kontext des epochalen ‚Demokratisierungsjahres 1989‘, in dem nicht nur staatssozialistische Regime in Osteuropa wie Kartenhäuser zusammenstürzten, sondern auch viele Länder Asiens und Lateinamerikas unerwartete Demokratisierungsschübe erfuhren. Seitdem tobt um das Konzept der Zivilgesellschaft ein virulenter Interpretationsstreit: manche möchten ihn als wohlklingendes Synonym für eine liberale Bürgergesellschaft aus hochgradig individualisierten, eigenverantwortlichen und leistungsfreudigen Privatbürgern verstehen; andere lesen ihn als Renaissance republikanischer Politiktraditionen und verbinden damit die kommunitaristische Hoffnung auf eine soziomoralische Eindämmung individualistischer Tendenzen zugunsten einer neuen Wertschätzung sozialer Gemeinschaftswerte; und wieder andere sind davon überzeugt, dass die emphatische Rede von der Zivilgesellschaft nach dem Ende der 1989er-Transformationen ihren Charme längst eingebüßt hat und der funktionalen Komplexität hochgradig ausdifferenzierter Gegenwartsgesellschaften kaum noch etwas sagen kann.

Vor diesem Hintergrund lenkt Friedrich Jaegers Bielefelder Habilitationsschrift die Aufmerksamkeit auf eine bisher wenig beachtete Facette der Entstehungsgeschichte des Zivilgesellschaftsdiskurses: auf die US-amerikanischen Selbstverständigungsdebatten des *Progressive Movement* und des *New Liberalism* zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Bewegung wurde wesentlich getragen von der Gründungsgruppe der *New School for Social Research* in New York, zu der Charles (und Mary) Beard, Walter Lippmann, Thorstein Veblen, James Robinson, Herbert Croly, Horace Kallen, Walter Weyl und natürlich vor allem John Dewey gehörten. Jaeger rekonstruiert die Motive des *Progressive Movement*, für den diese Autoren bei all ihren internen Differenzen und Widersprüchen gleichermaßen stehen, als den intellektuellen

Versuch, „den rapiden Fortschritt von Wissenschaft und Technik an die älteren Ideen des Gemeinwohls und der Public Interests zurückzubinden und damit Politik und Professionalisierung, Fachmenschentum und Staatsbürgertum zu versöhnen“ (218). Allerdings sollten dabei die politisch-ideologischen Unterschiede zwischen den einzelnen Vertretern dieses Movements mit der Zeit immer deutlicher hervortreten.

In der Theorieproduktion des *Progressive Movement* reflektiert sich für Jaeger der boomartige Modernisierungsschub, der seit Ende des 19. Jahrhunderts über die USA hereinbrach und die so vertraute, ländlich-kleinstädtisch geprägte und durch lokale Traditionen und Zugehörigkeiten definierte Community-Identität, der schon Alexis de Tocqueville seine bekannten Elogen gewidmet hatte, nun mit massiven Prozessen von Industrialisierung, Urbanisierung und neuer Immigration konfrontierte. Mit hoher Dringlichkeit setzten diese Prozesse nicht zuletzt die ‚soziale Frage‘ auf die Tagesordnung, denn es zeigte sich, dass diese mit den bisherigen Plausibilitäten einer auf individuelle Freiheit und persönliche Selbstverantwortung ausgerichteten *unregulated society* nicht mehr zu bearbeiten war. Damit geriet nun der forsche US-amerikanische *laissez-faire* Liberalismus des 19. Jahrhunderts zusehends unter Druck. Für die Vertreter des *Progressive Movement* markierte dies die Notwendigkeit, einen neuen politischen Weg zu finden, der die alte Devise des *live and let live* durch das neue Motto eines *live and help live* (Croly) zu überwinden erlaubt. Jaeger zufolge ging es dem *New Liberalism* um „eine politische Strategie sozialer Reform, in deren Zentrum die Ersetzung des kulturellen und ökonomischen Individualismus durch einen sozialstaatlich motivierten Interventionismus stand“ (65).

In diesem Rahmen artikulierten sich gleichermaßen moralische und technologische Reformperspektiven, der *gospel of morality* und der *gospel of efficiency*. Stark getragen von der bürgerlichen Frauenbewegung ging es Jaeger zufolge zum einen um ein egalitär-republikanisches Verständnis von *citizenship* und *civic consciousness*, um die Idee einer

von freiwilligen Assoziationen und einer lebendigen politischen Öffentlichkeit getragenen politisch-moralischen Erneuerung des Gesellschaftslebens jenseits idyllisch-romantisierender Vergangenheitsverklärungen; und zum anderen ging es um einen noch völlig ungebrochenen technokratischen Glauben an die Leistungsfähigkeit eines *social engineering*, in dem neutrale Experten, denen ganz selbstverständlich die Tugend der *disinterestedness* zugesprochen wurde, ein *social planning and control* der sozialen und wirtschaftlichen Gesamtentwicklung vornehmen sollten. So entstand die in der politischen Kultur der USA bis dahin völlig unbekannte Idee einer planvollen staatsinterventionistischen Politik, die – schon Jahrzehnte vor der Weltwirtschaftskrise und Roosevelts *New Deal* –, „die eigentliche Geburtsstunde des amerikanischen Wohlfahrts- und Sozialstaats“ (13f.) markierte.

Um die von den ungebremsten Modernisierungsschüben betroffene amerikanische Gesellschaft „zu einer moralischen Ordnung auf der Basis des Gemeinwohls und sozialer Verantwortung umgestalten zu können“ (27), musste der rudimentäre, noch kaum ausgebildete Staats-Apparat, der *state of courts and parties*, aus der Sicht des *Progressive Movement* zunächst einmal zu einer tatkräftigen Administration ausgebaut werden. Hier hatte man vor allem die Mitglieder der urbanen *Professional Middle Class* mit ihren technischen Berufen im Auge, die in jener Zeit einen rasanten Aufstieg erlebten. Konkret entstanden hier Forderungen nach stärkerer Kontrolle der Eisenbahngesellschaften, nach Arbeitszeitbegrenzungen und Arbeitsschutzgesetzen, nicht zuletzt für Frauen und Kinder, nach Mindestlohnregelungen, progressiver Einkommensteuer, stärkeren Umweltschutzbestimmungen etc., die insgesamt in Walter Weyls Maxime einer planvoll betriebenen *democratization of government*, einer *socialization of industry* und einer *civilization of the citizen* (vgl. 243) kulminierten. Soziale Sicherung wurde damit von einer wohlmeinend-paternalistisch-freiwilligen Angelegenheit auf innerbetrieblicher Ebene zu einer nationalen Staatsaufgabe, die sich nicht nur mit neuartigen Schutzgesetzen, sondern u.a. auch mit der Entstehung der vor allem von der amerikanischen Frauenbewegung getragenen *National Consumer's League*, der *Woman's Trade*

*Union League* und den kritischen Journalisten der *muckrakers*-Bewegung verband.

Allerdings artikulierten sich hier durchaus unterschiedliche Denkansätze von *welfare politics*. Weyl setzte vor allem auf die Verheißungen einer industrialisierten Überflusgesellschaft, in der die ökonomische Prosperität einer konsumfreudigen und aufstiegsorientierten Mittelschicht durch zielgerichtete Unterstützung der Massenkaufkraft gefördert werden sollte. Ähnlich ist Jaeger zufolge auch Veblens technokratisches Konzept einer möglichst maximalen Ausschöpfung der Wachstums- und Produktivitätspotentiale der modernen Gesellschaft einzuschätzen. Bei ihm sei die Herstellung des Gemeinwohls nur noch „Sache eines durch die Herrschaft der Maschine dehumanisierten Produktionsprozesses sowie einer an technischen Effizienzgesichtspunkten orientierten Expertenelite“ (146). Für Jaeger ist einzig John Dewey – aufgrund seiner kommunikationstheoretisch gefassten Konzeption von *public philosophy* als Kern und Ausgangspunkt eines pragmatistischen Demokratieprojekts – stets immun geblieben gegen die Versuchungen einer sozialtechnologisch-autoritären Fassung des *New Liberalism*, die spätestens in den 30er und 40er Jahren in der Dominanz eines sozialtechnologisch ausgerichteten *democratic elitism* kulminierten. Dieser habe dann insbesondere bei Veblen und Lippmann dazu geführt, dass die ursprüngliche Idee einer Einheit von republikanischer Politik und technokratischer Effizienz endgültig aus den Augen verloren wurde.

Nicht zufällig genießt deshalb gerade die politische Theorie John Deweys Jaegers besondere Sympathie. Während sich spätestens in der Ära des *New Deal* die politischen Bemühungen um soziale Reformstrategien immer stärker von der Idee einer demokratisch organisierten Zivilgesellschaft verabschiedet hätten, habe Dewey konsequent am normativ anspruchsvollen Programm eines ‚kommunitären Liberalismus‘ festgehalten und damit wichtige Fundamente der aktuellen Debatte um Liberalismus und Kommunitarismus gelegt. Mit seinen Konzepten der *social responsibility* und der republikanischen Idee einer diskursiven Verständigungspraxis aller Staatsbürger habe er Zeit seines Lebens den *cultural liberalism* der *Progressive Era* energisch gegen den entpolitisierten *economical liberalism* des *New Deal* verteidigt.

Jaeger zufolge fasst Dewey die *civil society* als ein „soziales Netz freiwilliger Zusammenschlüsse“ (307), mit dem sich radikal-demokratische, dabei aber durchaus auch (zivil-)religiös aufgeladene Intuitionen von politischer Gemeinschaft und republikanischer Selbstregierung auch unter den komplexen Bedingungen moderner Gegenwartsgesellschaften noch verteidigen lassen, ohne mit dieser Orientierung am Gemeinschafts-Gedanken „in das Fahrwasser einer antimodernen Zivilisationskritik, einer romantischen Verklärung überlieferter Community-Strukturen oder elitärer Politiktraditionen zu geraten“ (298). Deweys ‚kommunitärem Liberalismus‘ gehe es „um die Freilegung der in den spezifischen Strukturen moderner Gesellschaften angelegten Kommunikationsfähigkeit“ (376), die die *communities* „als erfahrungsoffene und auf Freiwilligkeit basierende Medien einer pluralistischen Zivilgesellschaft“ (377) begreife. ‚Kommunitärer Liberalismus‘ besteht für Jaeger demnach „weniger in der Negation von Grundprinzipien liberaler Gesellschaften, als vielmehr in deren Modifikation und Ergänzung im Lichte anderer, eher republikanisch, demokratisch und kommunitär geprägter Traditionen des Liberalismus selbst“ (382). Unter Rückgriff auf Deweys Konzept lasse sich deshalb „der betuliche Moralismus, die nachauflärerischen Banalitäten und die schulmeisterliche Ermahnungsrhetorik des Kommunitarismus zu einem innovativen Blick auf historische Erfahrungsbestände transformieren, mit dem die sozialen und politischen Problemlagen der Gegenwart in neuem Licht erscheinen“ (391).

Die intellektuellen Bemühungen der Protagonisten des (frühen) *Progressive Movement* haben in Friedrich Jaeger nun einen bundesdeutschen Repräsentanten gefunden, der aus seiner Sympathie für die intellektuellen Anregungspotentiale dieser Bewegung keinen Hehl macht. Jaegers umfassend angelegte und sehr detailfreudig ausgearbeitete Studie tritt zwar mit dem Anspruch an, weniger „eine ideengeschichtliche Rekonstruktion theoretischen Wissens“ als einen „problemgeschichtlichen Ansatz“ zu bieten, der „am Leitfaden intellektueller Deutungen sozialer Realität die Transformationskrisen und Umbruchprozesse der amerikanischen Gesellschaft in dieser Zeit“ (9) beleuchten will; insofern das eigentliche Materialobjekt dieser sehr dicht geschriebenen, dabei durchgängig gut zu lesenden Untersuchung aber die Texte der o.e. Protagonisten bilden, fühlt sich der Leser zwar sehr luzide über diese Debattenlagen informiert – die Neugierde des mit der amerikanischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte jener Zeit nicht so vertrauten Lesers wird jedoch deutlich weniger bedient. Dennoch liegt mit Jaegers Studie nun ein grundlegendes Werk vor, das bald einen festen Platz in der Forschung zur US-amerikanischen Geistesgeschichte des frühen 20. Jahrhunderts einnehmen dürfte.

Hermann-Josef Große Kracht

Dr. H.-J. G.K., Universität Münster, Institut für Christliche Sozialwissenschaften, Hüfferstr. 27, 48149 Münster